



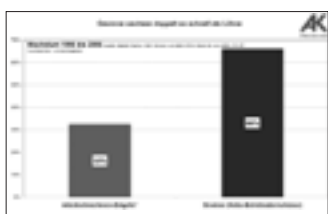
Österreich



Kdolsky will drei Mrd. bei Gesundheit einsparen

Die ÖVP setzt zum nächsten Rundumschlag an. Das Gesundheitswesen soll effizienter werden. Gespart soll wieder beim Personal werden. Auf die Idee, endlich die Umgehung der Sozialversicherungspflicht durch das Abdrängen von Beschäftigten in prekäre Arbeitsverhältnisse zu bekämpfen, kommt sie nicht. SEITE 2

Betrieb & Gewerkschaft



Herbstlohnrunde: Warum nicht + 6,5%?

AK und ÖGB kennen die Zahlen, sie veröffentlichen sie auch. Doch warum handeln sie nicht danach? Die Plattform für kämpferische & demokratische Gewerkschaften fordert eine härtere Gangart bei den Lohnverhandlungen. SEITE 3

Schwerpunkt



Kulturkampf statt Klassenkampf?

In Wien mobilisiert die FPÖ gemeinsam mit Rechtsextremen gegen den Ausbau eines islamischen Zentrums. Sorgen der AnrainerInnen werden für schamlose Hetze mißbraucht. Die Hintergründe. SEITEN 4/5

Internationales



Kuba: Was bleibt von Che Guevaras Erbe?

Am 9. Oktober 1967 wurde Ernesto Guevara, bekannt als Che, in Bolivien von CIA und Militär ermordet. Che ist zum Symbol für Revolution geworden. Wie sieht es allerdings in Kuba 40 Jahre nach seinem Tod aus? SEITE 7

Flüchtlinge bleiben! Platter muss weg!

Gemeinsam Widerstand gegen Minister "Gnadenlos" organisieren!

Die jüngsten Abschiebefälle zeigen die unmenschliche Politik, der sich Flüchtlinge seit Jahren gegenüber sehen. Statt Hilfe zu bekommen werden sie wie Kriminelle behandelt. Aber immer mehr ÖsterreicherInnen schauen nicht mehr einfach weg, sondern wollen helfen.

Von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin

Beitrag Österreichs minimal!

Weltweit sind geschätzte 33 Millionen Menschen auf der Flucht. Sie fliehen vor Krieg, Zerstörung ihrer Umwelt, Verfolgung, Hunger und Elend. In Österreich erhielten 2006 gerade einmal 4.063 Menschen Asyl. Die Menschen, die nach Österreich flüchten werden hier von Anfang an wie Verbrecher behandelt. Sie warten oft jahrelang auf den Ausgang ihres Asylverfahrens, erhalten nur unzureichende Unterstützung und Betreuung und werden oft sogar eingesperrt ohne ein Verbrechen begangen zu haben.

Der Wunsch nach Sicherheit ist kein Verbrechen!

Wir sind der Meinung, jeder Mensch hat das Recht auf Sicherheit und körperliche und geistige Unversehrtheit. Kein Mensch hat es verdient, in ständiger Angst und ohne soziale Basis zu leben. Wenn ein Mensch als "Wirtschafts-



flüchtling" nach Österreich kommt, dann deshalb, weil er oder sie in der Heimat keine Chance sieht, sich und die Familie zu ernähren. Niemand verlässt seine Heimat leichtfertig.

Die Gefahr geht nicht von Flüchtlingen aus - sondern vom Rassismus

Das Gerede von "Das Boot ist voll" konstruiert Probleme, die nicht existieren. Flüchtlinge sind keine Gefahr für unsere Sicherheit oder unsere Arbeitsplätze. Die größte Gefahr für uns geht von den Kürzungen bei Bildung, Gesundheit und Pensionen sowie den sinkenden Reallöhnen aus. Daran sind aber weder Flüchtlinge noch nicht-österreichische KollegInnen schuld. Nur Unternehmen profitieren davon, wenn der Staat weniger Geld für Sozialleistungen und sie selbst weniger Geld für Löhne ausgeben.

Nicht mehr wegschauen

Flüchtlingsorganisationen zeigen seit vielen Jahren die unmenschliche Praxis der österreichischen "Asylpolitik" auf. Die Gesetze werden immer härter, es wird immer schwerer, tatsächlich Asyl zu bekommen. In der letzten Zeit sind es aber nicht mehr nur FlüchtlingsbetreuerInnen, die sich gegen die Abschiebepaxis aussprechen. Immer

mehr Menschen, die Flüchtlinge näher kennengelernt haben, mit ihnen arbeiten, lernen, leben, wenden sich dagegen, dass diese abgeschoben werden. Sie wollen nicht zusehen, wie die Klassenkollegin, der örtliche Fußballstar, der Kollege oder die Nachbarin in eine mehr als unsichere Zukunft abgeschoben werden.

Aus dem Parlament ist nichts zu erwarten

Die etablierten Parteien sind keine Hilfe in diesem Kampf. Schüssel, Strache und Co. schrecken jetzt nicht einmal mehr davor zurück die "AsylanwältInnen" und Hilfsorganisationen für die Probleme verantwortlich zu machen, die ja gerade ihre eigene Politik hervorruft!

Die SPÖ trägt - beginnend mit den Innenministern Schöllgasser und Löschner, aber auch in ihrer Oppositionszeit - ebenfalls die Verantwortung dafür, dass "Asyl ein Privileg ist" (O-Ton Gusenbauer). Das "Machtwort", dass Gusenbauer nun gesprochen hat (O-Ton SPÖ) bestärkt diese Linie - nicht die rechtliche Basis für Flüchtlinge wird verbessert, sondern die Landeshauptleute bekommen die Möglichkeit in Einzelfällen einen Gnadenakt zu setzen. Oder auch nicht.

Und die Grünen?

Sie mobilisieren letztlich für (O-Ton) eine "Serious Diskussion über eine gesetzliche Bleiberechtsregelung auf Basis des Grünen Gesetzesvorschlags". Seriose Diskussion mit wem? Mit Platter und Schüssel - also jenen Leuten mit denen auch die Grünen fast eine Regierung gebildet hätten? Vor allem aber auch inhaltlich bleiben die Forderungen mehr als reduziert. Lediglich LangzeitasylwerberInnen sollen "unter bestimmten Voraussetzungen einen Antrag auf eine befristete Niederlassungsbewilligung" stellen dürfen. Gleiche Rechte für alle, die hier leben sehen unserer Meinung nach jedenfalls anders aus.

Wo ist der ÖGB?

"Gesetze müssen eingehalten werden." sagt ÖGB-MigrantInnen-Sprecherin Ana Martincevic zum Fall der Frankfurter Familie Zogaj. Und tritt weiter für die Gnadenakt-Linie von Gusenbauer ein. Ein Armutszeugnis für eine Organisation die ArbeitnehmerInnen - egal welcher Nationalität und egal ob mit oder ohne Job - vertreten soll. Denn die meisten AsylwerberInnen sind ArbeitnehmerInnen, auch wenn ihnen durch österreichisches Recht verweigert wird, legal zu arbeiten. Die Aufgabe der Gewerkschaften ist es, gegen die Illegalisierung der Flüchtlinge aufzutreten. D.h. dafür, dass sie legal arbeiten können und somit nicht als Billig-SchwarzarbeiterInnen von Unternehmen als Lohndrücker missbraucht werden können. Die Gewerkschaft muss sich für ein umfassendes Bleiberecht aussprechen und KollegInnen, die von Abschiebung bedroht sind, offensiv verteidigen.

Das Motto des ÖGB darf nicht "Österreicher zuerst" lauten, sondern muss "ArbeitnehmerInnen zuerst" sein!

Gemeinsam kämpfen!

Es ist gut, dass immer mehr Menschen die Abschiebepaxis nicht einfach hinnehmen. Um Flüchtlinge zu verteidigen und in ihrem Kampf zu unterstützen sind die nächsten Schritte nötig. Das beinhaltet Massenproteste mit denen die Abschiebungen verhindert werden. Ein erster Schritt wäre etwa, die bestehenden Proteste und Demonstrationen zu einer Großdemonstration in Wien zusammenzuführen.

Der Standpunkt

Stasi-Staat Österreich?

von Sonja Grusch,
SLP-Bundessprecherin



"Ich habe manchmal den Eindruck, wir werden ähnlich stark überwacht wie seinerzeit die DDR-Bürger von der Stasi." (Karl Korinek, Präsident des VfGH) Laut ÖVP-Homepage gehört Österreich zu den drei sichersten Ländern der Welt. Trotzdem will die Regierung jetzt, unter dem Schlagwort "Terrorbekämpfung", die Polizeibefugnisse massiv ausweiten. Als besonders bemerkenswert erscheint in der laufenden Debatte einmal mehr die Rolle der SPÖ. Vor allem Justizministerin Berger prescht vor, möchte die Online-Fahndung einführen, (weisungsgebundene) Staatsanwälte stärken und hält die alte SPÖ-Vision von einer Gesellschaft ohne Gefängnisse für blanke Utopie. EU-weit soll eine Richtlinie zur Datenspeicherung auf "Vorrat" umgesetzt werden: Betroffen wären sämtliche(!) Telefon- und Internetverbindungen aller(!) BürgerInnen die über Monate aufgezeichnet werden sollen.

Tatsächlich ist der österreichische Terrorismus aber bemerkenswerter Weise - mit Ausnahme einiger eher bizarrer Episoden aus den 1970er Jahren und den tragischen Ereignissen von Ebergassing 1995 - seit der ersten Republik praktisch ausschließlich das Revier der politischen Rechten. Vom Juliputsch der Nazis 1934, über die Südtirolterroristen bis zum Briefbomber Franz Fuchs und seinen Kumpanen zieht sich eine bemerkenswerte Linie in der maßgebliche Kräfte in Staat und Polizei zumindest wegsahen, Fakten ignorierten und Ermittlungen torpedierten. Ebenso dazu gehörten stets ihre Quer-Verbindungen ins politische Establishment bis tief in den Sicherheitsapparat hinein: In Polizei und Militär verfügt die rechtsextreme FPÖ bis heute über eine feste Basis.

Als SozialistInnen lehnen wir daher nicht nur jede Form des individuellen Terrors konsequent ab. Es ist für uns ebenso undenkbar einem staatlichen Apparat mehr Mittel in die Hand zu geben, der kontinuierlich die realen Terrorgefahren "übersieht", während die demokratischen Rechte "normaler" ArbeitnehmerInnen eingeschränkt und ausländische KollegInnen durch Gesetze und Hetze - u.a. als Terroristen - diskriminiert werden. Tausende Überwachungskameras auf öffentlichen Plätzen, aber z.B. auch Anti-Streikgesetze in vielen europäischen Ländern zeigen vielmehr, dass sich demokratische Rechte und Kapitalismus heute durchaus im Widerspruch zueinander bewegen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr. 14/11; Druck: Druckerei Fiona, Wien; Herstellungs- und Verlagsort: Wien; DVR: 0820202 Zulassungsnr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: PSK 8812.733

Wird ein Kaiserschnitt zum Luxusgut?

Ungesunde Ministerin: Kdolsky will 2.900.000.000 Euro bei der Gesundheit einsparen!

Von Nora Brandes,
SLP-Klosterneuburg/NÖ

Anfang September legte der Rechnungshof einen Bericht vor, in dem von Einsparungspotential im Gesundheitswesen in der Höhe von 2,9 Mrd. Euro die Rede ist. Gesundheitsministerin Kdolsky nahm den Vorschlag zustimmend auf und will ihn noch bis Ende der Legislaturperiode (2010) umsetzen. Gegenüber KritikerInnen rechtfertigen sich Rechnungshofpräsident Moser und Kdolsky mit beschwichtigenden Behauptungen, es gehe hier viel mehr um "Umschichtungen", die mehr Effizienz bringen sollen, nicht aber um Kürzungen. Argumente, wie "zu hohe" Personalkosten werden aufgeführt und "Profil" geht sogar so weit, Müttern in Tirol und Vorarlberg aufgrund der, im Landesvergleich hohen Zahl an Kaiserschnitten, Schönheitschirurgie auf Kosten der Krankenkasse zu unterstellen. 2,9 Mrd. Euro sind jedoch fast ein Zehntel der gesamten Gesundheitskosten und es liegt auf der Hand, dass die Einsparung einer solch hohen Summe nicht ohne Kürzungen, die auf Kosten der Beschäftigten und PatientInnen gehen, umgesetzt werden kann.

Doppelgleisigkeiten? Flächendeckende Versorgung!

Die Vorschläge von Kdolsky um "Doppelgleisigkeiten" abzuschaffen, sind dementsprechend: Nicht jedes Krankenhaus brauche jede Fachabteilung, so die Ministerin. Die Schließung von Fachabteilungen bedeutet jedoch die Ausdünnung des gesundheitlichen Versorgungsnetzes. Weitere Akutbetten sollen abgebaut und in Rehabilitationsbetten umgewandelt werden, und das, obwohl die Zahl der Akutbetten schon seit Jahren reduziert wird: 1995 waren es 57.000, 2005 nur noch 49.000. Gerade in diesem Bereich gab



es jedoch schon bisher Fälle, in denen Rettungswagen mit Akutfällen von einem Spital zum nächsten weitergeleitet wurden, da die erforderlichen Betten belegt waren. Außerdem soll der Leistungskatalog der Sozialversicherungen "überarbeitet" werden. Klartext: Die Krankenkasse soll in Zukunft noch weniger Leistungen übernehmen und der/die PatientIn muss noch mehr aus eigener Tasche bezahlen. Die bereits jetzt vorhandene Zwei-Klassen-Medizin wird dadurch weiter individualisiert und ausgebaut.

Personalmangel an allen Ecken und Enden

Bereits jetzt müssen Pflegepersonal und ÄrztInnen wegen Personalmangel Überstunden leisten und stehen unter großem Druck, währenddem PatientInnen oft stundenlang auf Untersu-

chungen und wochenlang oder monatelang auf Operationen warten müssen. Nach Operationen werden PatientInnen aus Kostengründen oft viel zu schnell entlassen, Selbstbehalte explodieren und die Krankenkasse übernimmt immer weniger Behandlungen. Auch in der Vorsorgemedizin wird gespart, was aus einer langfristigen Perspektive absurd ist.

Was macht uns krank?

Arbeiten im Kapitalismus - unter ständigem Leistungsdruck und Angst vor Arbeitsplatzverlust - macht krank. Dies reicht von psychischen Problemen wie Schlafstörungen bis hin zu Herzinfarkten und Haltungsschäden. Obwohl natürlich nicht alle Krankheiten aus dem täglichen Arbeitsstress resultieren, so handelt es sich hier doch um einen erheblichen Teil der Kosten.

Diese sollen jedoch die arbeitenden Menschen durch ihre Sozialversicherungsbeiträge - oder teilweise überhaupt privat - tragen, währenddem sich Unternehmer oft davor drücken: Schon alleine die Eintreibung der Schulden der Unternehmen bei den Krankenkassen würde 925,9 Mio. Euro bringen (Stand 2006). Dieser Umstand wird bei Meldungen über die roten Zahlen der Krankenkassen verschwiegen. Durch die sogenannte "zukunftsorientierte" Umgestaltung des Arbeitsmarktes in Richtung totaler Flexibilisierung der Arbeitskraft, mit prekären Beschäftigungsverhältnissen, zunehmender Teilzeit und nicht sozialversicherungspflichtigen Jobs wird außerdem sukzessive weniger Geld in die Sozialversicherung eingezahlt.

Ein reiches Land ohne Geld für "das höchste Gut"?

Österreich ist das 8.-reichste Land der Erde und es ist - entgegen der Sparpropaganda von Regierung und Wirtschaft - genügend Geld vorhanden um ein flächendeckendes Gesundheitssystem mit Zugang für alle Menschen zu finanzieren. Es fehlt nicht am Geld, sondern am politischen Willen. Der Beitrag der Unternehmen zur Sozialversicherung ist seit Mitte der 90er-Jahre gefallen. Es müssten also nur die Richtigen zur Kasse gebeten werden...

Die SLP fordert:

- ▶ ein flächendeckendes, kostenloses Gesundheitssystem für alle Menschen anstelle von 2-Klassen-Medizin, Einsparungen und Selbsthalten
- ▶ ausreichend Personal in den Krankenhäusern, anstatt Senkung der Personalkosten und Überstundenstress wegen Unterbesetzung
- ▶ Arbeitszeitverkürzung auf 30h-Woche bei vollem Lohn

Widerstand gegen rechtsextremen Burschenschafterkommers in Linz

Von Jan Rybak SLP-Salzburg

Rechtsextreme feiern im "Anschlusssturm"

Der Linzer "Anschlusssturm", dessen Kauf vor 90 Jahren, und seine "Weihe" vor 75 Jahren gefeiert wurde, ist ein Symbol des rechtsextremen Deutschnationalismus. Die "Deutsche Burschenschaft" beschreibt ihn auf ihrer Homepage als: "Erinnerungsstätte daran, dass es über die Grenzen und die Einzelstaatlichkeit hinaus ein geistiges Band gibt, welches den gesamten deutschen Volks- und Kulturraum umfasst." Bei seiner Weihe wurde der Schriftzug: "Ein Volk, ein Reich" angebracht, und noch heute weht auf ihm die deutsche Fahne. Festredner ist der Berliner Professor Ernst Rabehl, Autor für die "Deutsche Stimme" (Propagandazeitung der NPD).

Burschenschaften & Faschismus

Viele der am Kommers teilnehmenden Burschenschaf-



ten sind dem Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) als einschlägig rechtsextrem und NS-verharmlosend bekannt. Die Grazer "Armania" hält zum Beispiel das Andenken an Ernst Kaltenbrunner, als Hauptkriegsverbrecher 1946 in Nürnberg hingerichtet, weiter aufrecht. Die Innsbrucker "Brixia" organisierte 1989 eine Veranstaltung mit

dem bekannten Holocaust-Leugners David Irving. Trotz ihrer phantasielosen Beteuerungen mit dem Nationalsozialismus nichts zu tun gehabt zu haben spielten doch viele deutschnationale Burschenschaftler im NS-Apparat führende Rollen. So gilt der ehemalige SS-Arzt und Kommandant des Vernichtungslagers Treblinka, Imfried Eberl, immer noch als "alter Herr" der

Germania Innsbruck. 1938 lösten sich die meisten Burschenschaften fahnschwingend selbst auf um sich dem NS-Studentenbund anzuschließen. Die Burschenschaften legten jedoch ihre Gesinnung mit der Zerschlagung des Nationalsozialismus 1945 nicht ab. Noch 1960 betonte die Innsbrucker "Suevia": "Wir stehen auf dem allein burschenschaftlichen Standpunkt, dass somit auch

der Jude in der Burschenschaft keinen Platz hat."

Widerstand gegen ewiggestriges Spektakel

Die SLP mobilisierte gemeinsam mit anderen antifaschistischen Organisationen gegen die Verherrlichung von Großdeutschtum und Revanchismus. 250 bis 300 AntifaschistInnen zogen am 6. Oktober durch die Linzer Innenstadt. Vor dem Kaufmännischen Vereinshaus - in dem sich die Burschenschaftler trafen - fand eine eindrucksvolle Kundgebung gegen Rechtsextremismus, Nationalismus und Reaktion statt. Etwa 30 "Burschis" versteckten sich hinter Polizistenschilden und beobachteten von dort aus die antifaschistische Übermacht. Insgesamt hat die SLP wesentliche Teile der Organisations- und Mobilisierungsarbeit für diese Demo getragen. Besser für den antifaschistischen Kampf wäre es allerdings gewesen, wenn sich daran mehr Organisationen und Initiativen beteiligt hätten.

Herbst-Lohnrunde 2007: Her mit der Marie!

Alles unter 4 % mehr Lohn ist ein Hohn, aber sind nicht sogar 6,5 % drin?

Von Herbert Wanko,
Betriebsrat (GMTN)

Am 28. September begannen die KV-Verhandlungen der Metallindustrie und Bergbau mit der gegenseitigen Übergabe der streng geheimen Forderungskataloge und damit die so genannte Herbst-Lohnrunde, nach der sich angeblich alle anderen richten sollen.

Gerangel der SpitzenfunktionärInnen und Geheimverhandlungen

In den letzten Monaten wurde viel über Lohnerhöhungen geredet und mittlerweile liegen sich deswegen auch SpitzengewerkschafterInnen in den Haaren. Nachdem Multifunktionär Wilhelm Habertzettl (stellv. Vorsitzender vda, GdE-Vorsitzender, FSG-Vorsitzender und Nationalratsabgeordneter) meinte, dass ihm vier Prozent Lohnerhöhung zu niedrig seien (Kurier online, 17. 9. 2007), fühlte sich Karl Proyer (stellv. Bundesgeschäftsführer GPA-DJP, Regionalgeschäftsführer GPA-DJP Wien, Vorstand AK-Wien) bemüht den "Kollegen" Habertzettl zurechtzuweisen. "Im Juni schließt er für die Bahn mit zwei Prozent ab, und im August sind ihm vier Prozent bei den Metallern zu wenig." meinte Proyer und verwies auf die Tradition, in der Öffentlichkeit keine Zahlen zu nennen. (derStandard online, 22. 9. 2007)

Dieses Hick-Hack unter den SpitzenfunktionärInnen im ÖGB ist nicht gerade ein Beweis für Reform- und Demokratisierungswillen innerhalb des ÖGB. Vor allem die Heimlichtueri über die Forderungen weist in eine andere Richtung und orientiert sich an einer anderen Tradition der Gewerkschaftsführung; nämlich der StellvertreterInnenpolitik nach dem Motto: "Wir wissen schon, was gut für euch ist"

Schlechte Traditionen endlich durchbrechen!

Was aus den bisherigen Abläufen zu deuten ist, scheint jedenfalls durchwachsen: So wurde



für die Bäcker (Industrie und Gewerbe) jeweils 3,7 % mehr Lohn verlangt. Herausgekommen sind schlussendlich nur 2,3 % und das nach nur einer (Industrie), bzw. zwei (Gewerbe) Verhandlungsrunden. Also wieder kein Reallohnzuwachs - aber das war wohl noch die Sommer-Lohnrunde, die sich an den Metall-Abschlüssen vom Vorjahr orientierte?!

Anders sieht es bei den KV-Verhandlungen für die Beschäftigten der Brauindustrie aus. Die BrauereiverhandlerInnen (so wie die Metaller in der GMTN) fordern 6,5 % und haben sich auch in drei Verhandlungsrunden noch nicht über den Tisch ziehen lassen. Was allerdings auch dort fehlt ist die Einbeziehung der Beschäftigten und geeignete Maßnahmen, um die

Forderungen zu unterstreichen und die Bereitschaft zum Kämpfen zu signalisieren. Wie die Verhandlungen der Metaller ablaufen werden, bleibt abzuwarten. Wir werden uns auf jeden Fall einmischen ...

Kundgebung kämpferischer GewerkschafterInnen am 4.10

... und haben auch gemeinsam mit anderen kämpferischen GewerkschafterInnen am 4. 10. zur ersten Verhandlungsrunde eine Kundgebung abgehalten. Denn leider ist es nach wie vor notwendig, die VerhandlerInnen des ÖGB auf ihre Verpflichtung hinzuweisen, sich für die Interessen der Kolleginnen und Kollegen ein-

zusetzen und nicht ihr eigenes abgehobenes, geschmackloses, sozialpartnerschaftliches Süppchen zu kochen. Außerdem müssen auch die Beschlüsse, die bei BetriebsrätInnen-Konferenzen und Betriebsversammlungen gefasst werden in die Tat umgesetzt werden, und dürfen nicht - so wie im vorigen Jahr - so lange verschleppt werden, bis es doch zu einem faulen Kompromiss kommt. Rund 20 AktivistInnen der Initiative für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB trafen sich vor der Bundeswirtschaftskammer in Wien, wo die erste Verhandlungsrunde stattfand. Ziel war es, die VerhandlerInnen mit den Forderungen der Initiative zu konfrontieren und für eine kämpferische Lohnbewegung einzutreten. In einem "traurigen Gewinnspiel" (die UnternehmerInnen gewinnen immer mehr durch unsere Arbeit - unsere Löhne verlieren gleichzeitig an Wert) wurden PassantInnen und VerhandlerInnen aufgefordert die jüngsten Gewinne der Metallindustrie zu erraten.

Keine verbindlichen Zusagen an die Basis - weitere Mobilisierung notwendig

Erich Foglar, der Bundesvorsitzende der Metaller-Gewerkschaft sprach zwar kurz mit uns, ließ sich aber auf keine Debatte, wie eine kämpferische Lohnpolitik aussehen könnte, ein. Karl Proyer, Chefverhandler der GPA-DJP, bedankte sich bei den KundgebungsteilnehmerInnen, gab aber auf Fragen nach der Mitglieder mobilisierung und einer Urabstimmung nach den Verhandlungen ebenfalls keine verbindliche Antwort. Positives Feedback gab es vor allem von PassantInnen. Fazit der lebendigen Kundgebung:

Wir haben den UnternehmervertreterInnen gezeigt, dass wir IHRE Gewinnentwicklung durch UNSERE Arbeit genau mitverfolgen. Den ArbeitnehmervertreterInnen haben wir klar gemacht, dass ein Teil der ÖGB-Basis Schluss mit der laschen Lohnpolitik der Führungsspitze machen will.

(Fortsetzung folgt)

GPA-Jugendkongress: Unzufrieden und kämpferisch

Ein Festival gegen den Kapitalismus



von Michael Gehmacher*,
SLP-Gewerkschaftssprecher

"Her mit dem schönen Leben..." Unter diesem Motto hielt die Jugendorganisation der Gewerkschaft der Privatangestellten - (frisch fusioniert mit der Gewerkschaft Druck, Journalismus, Papier) im September ihren Jugendkongress ab. "Rund 120 JugendvertrauensrätInnen, Lehrlinge, SchülerInnen und StudentInnen erarbeiteten in den zehn verschiedenen Workshops Alternativen zum herrschenden Kapitalismus, setzten sich kritisch mit dem Kapitalismus auseinander oder schulten ihre rhetorischen Fähigkeiten" schreibt die GPA-DJP auf ihrer Homepage.

Positive Überraschung

Der Kongress war - ich gebe es zu - eine positive Überraschung. In den 80/90er Jahren erlebte ich solche Kongresse eher steif und staatstragend: Absoluter Glaube an Sozialpartnerschaft, StellvertreterInnen-Denken und die SPÖ waren vielen Jugendfunktionären der Gewerkschaften so in Fleisch und Blut übergegangen, dass diesen Kongressen oft jede Spontaneität, und Rebellion fehlte. Der Apparat und seine angepasste Politik machten aus kritischen ArbeiterInnenjugendlichen in wenigen Monaten kreuzbrave

FunktionärInnen, die dann ein exakt geplantes Programm abspulsten. Aufgestylt mit ein paar pseudojugendlichen Sprüchen. Leider ist sozialpartnerschaftliches Denken und SPÖ-Treue zwar immer noch die vorherrschende Tendenz im GPA-DJP Jugendapparat. Doch am vergangenen Kongress war die Polarisierung nach links deutlich spürbar.

Antikapitalistisches Festival

Der eigentliche Kongress (mit Berichten, Abstimmungen und Wahlen) wurde auf einen halben Tag reduziert. Sonst hatte der dreitägige Kongress eher den Charakter eines antikapitalistischen Festivals. Beim Bücherverkauf wurden vor allem marxistische Klassiker wie das Kapital und das Kommunistische Manifest und viel Material zu Venezuela verkauft. Auch das SLP-Material fand reißenden Absatz. Arbeitskreise (die zwei Tage dauerten) zu Kapitalismus und Alternativen, kritische Auseinandersetzung mit der Sozialpartnerschaft, Feminismus usw. waren gut besucht. Als ReferentInnen waren durchwegs linke KollegInnen geladen. Ein ArbeiterInnenlieder Abend (mit KP-Mitglied Chris Peterka) war weit besser besucht als der parallel stattfindende Karaoke-Abend.

Für 1.617,- Mindestlohn und Urabstimmungen!

Auch die beschlossenen Anträge sind spannend. Im Leitantrag wurde die Forderung nach einer Reihe von Umverteilungsmaßnahmen bekräftigt. Beschlossen wurde u.a. die Forderung nach 1.617 Euro gesetzlichem Mindestlohn (das sind etwas über 10 Euro brutto pro Stunde).

Abgelehnt wurden die Möglichkeit, Lehrlinge zu kündigen sowie die geplante Öffnung der Geschäfte an den Sonntagen im Zuge der Fuß-

ball-EM. International wurde die Freilassung des US-Journalisten Mumia Abu-Jamal gefordert und eine Solidaritätsadresse an die Venezolanische Gewerkschaftsströmung C-CURA (sie steht weit links von Chavez) in der UNT verabschiedet. Für die Gewerkschaften fordert die GPA-DJP-Jugend: Ein Abgehen von der StellvertreterInnenpolitik, die Direktwahl sämtlicher SpitzenvertreterInnen sowie verbindliche Urabstimmungen nach jedem Kollektivvertragsprozess.

Politische Debatten wichtiger als Beachparty

Spannend war auch die Antragsdebatte an sich. Mit einer geplanten Zeit von ca. drei Stunden verlängerten die stimmberechtigten Delegierten die Debatte bis in die Nacht und reduzierten bewusst die geplante "Beachparty" am Wörthersee. So viel zum Thema "unpolitische Jugend".

Wie weiter?!

Fazit von drei Tagen arbeiten und feiern: Der Kampf für Lehrlingsrechte, gegen Studiengebühren, Rassismus und Frauenunterdrückung erfordert vor allem viel mehr Mobilisierung in den Betrieben und auf der Strasse. Dafür steckt die GPA-DJP-Jugend m.E. doch noch zu sehr in der alten ÖGB-Politik. Die Debatten am Jugendkongress waren aber ein wichtiger Schritt Richtung kämpferischer Politik. Die Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften und die SLP werden gemeinsam mit vielen kämpferischen Gewerkschaftsjugendlichen dafür eintreten, dass es nicht der letzte Schritt in die richtige Richtung war.

*Michael Gehmacher war als Referent zum GPA-Jugendkongress (Arbeitskreis Kapitalismus) eingeladen

Dokumentiert:

Dieses Flugblatt wurde bei einer Aktion der SLP-OÖ gegen die Schließung der "Tschikbude" in Linz vor dem Werk verteilt.

Nach Privatisierung und Verkauf:

Lohnt sich Widerstand gegen Werksschließung?

Nachdem das Austria Tabak Werk in Linz 2001 an die Engländer Gallaher verkauft wurde, wurde Gallaher seinerseits vom japanischen "Japan Tobacco International" Konzern geschluckt.

Die Folgen der Privatisierung werden jetzt deutlich sichtbar: bis 2009 soll die Linzer "Tschikbude" geschlossen werden.

Das bedeutet den Abbau von rund 300 Arbeitsplätzen, die ArbeiterInnen sollen mit einem lauwarmen "Sozialplan" abgespeist werden.

Die Sozialistische LinksPartei ist seit Jahren aktiv in Bewegungen gegen Privatisierungen (die den Grundstein zur Werksschließung gelegt hat), Sozial- und Stellenabbau und Rassismus.

Wir sind der Meinung, dass es möglich ist, mit kämpferischen Aktionen der Belegschaft solche Einsparungsmaßnahmen zu verhindern und unterstützen jegliche Aktionen, die in diese Richtung gehen.

Kulturkampf statt

Strache und Diskriminierung entgegentreten! Gemeinsam

Schleier tragende Frauen, Minarette und Gebetsräume, Kinder die Mohammed oder Leila heißen – droht Österreich eine Islamisierung? Sonja Grusch, Bundessprecherin der SLP, untersucht, wer von der Debatte über Islam und Terrorismus profitiert.

Soziale Situation von MigrantInnen

20% der Moslems/Muslima leben in sozial prekären Verhältnissen. Die Ursache liegt v.a. in der Diskriminierung von MigrantInnen bzw. Menschen mit Migrationshintergrund. Ihre Wohnungen sind verhältnismäßig teurer (bzw. schlechter). Sie sind häufiger arbeitslos und verdienen weniger (nur zwei Drittel des Durchschnittsgehalts) – beides nicht weil sie schlechter arbeiten, sondern weil sie erpressbarer sind. Die rechtliche Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund ist eine wesentliche Ursache für ihre oft verzweifelte soziale Situation. Besonders betroffen davon sind Frauen, denen der Zugang zum Arbeitsmarkt noch öfter verweigert wird als Männern. Wer aber nicht legal arbeiten darf hat nur zwei Möglichkeiten – illegal arbeiten oder von jemand anderem abhängig sein.

Ausgrenzung beginnt bei den Jüngsten

Die Ausgrenzung von MigrantInnen, ihre Isolation und der damit verbundene Einfluss von religiösen Fundamentalisten, wird durch das österreichische Schulsystem noch verstärkt. Dieses System hat eine starke soziale Differenzierung. Durch die frühe Trennung in Hauptschule und AHS wird das (Aus)bildungsniveau der Eltern (die meisten haben logischerweise in Österreich überhaupt keine Ausbildung absolvieren können) nämlich häufig quasi vererbt: 2/3 der AMS-Klienten ohne Schulabschluss sind MigrantInnen! (Der Standard, 18.8.2007). Umgekehrt fühlt sich fast die Hälfte aller (!) arbeitssuchenden Jugendlichen in Wien aufgrund "ihrer dunkleren Hautfarbe oder Kleidungsstücken wie dem Kopftuch diskriminiert." (<http://wien.orf.at/stories/211813/>). Um religiösen Fundamentalismus an diesem zentralen Punkt zurückzudrängen braucht es daher drei wesentliche Maßnahmen:

- Die völlige Trennung von Religion (egal welcher) und Staat – also keine finanzielle Unterstützung, kein Religionsunterricht an den Schulen, keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden.
- Eine gemeinsame Schule aller 6–19-jährigen inklusive Berufsausbildung ist die beste Integration und die beste Grundlage gegen religiösen Fundamentalismus.
- Die Öffentliche Hand muss umfassende und kostenlose soziale Betreuung anbieten – Schulen, Kinderbetreuung, Pflege, Krankenhäuser etc. – und darf diese Leistungen nicht an (oft religiöse) Einrichtungen abgeben.

Strache als Rekrutierungsoffizier für den radikalen Islamismus?!

Hetzte die FPÖ in den 1990er Jahren noch gegen "Nigerianische Drogendealer" so hat sich ihr Feindbild nun zu Moslems/Muslima verschoben. Obwohl für die überwältigende Mehrheit aller Moslems/Muslima nach eigenen Angaben die Religion im Alltag keine Rolle spielt, zeichnet die FPÖ ein Bild, als ob alle burkatragende, bombenbastelnde Fundamentalisten wären. Mit Hetze a la "Daham statt Islam" geht die FPÖ auf Stimmenfang. Sie lenkt damit ganz gezielt von ihrer eigenen Verantwortung (Stichwort: Zustimmung zur Pensionsreform) für die



Das sind sie: Die "besorgten Anrainer" und "selbsternannten Herrenmenschen", die gegen moslemische Mitbürger hetzen. Das HH auf dem T-Shirt vorne links steht übrigens für "Heil Hitler". Mit dabei: FPÖ & ÖVP. Foto: no-racism.net

Zahlen & Fakten zum Islam:

- Von den weltweit 1,2 Mrd. Moslems/Muslima leben rund 12,5 Mio. in Europa, 400.000 davon in Österreich (davon 120.000 in 2. Generation)
- In Österreich seit 1874 bzw. 1912 anerkannte Religionsgemeinschaft
- Es gibt nur zwei Moscheen (Wien, Telfs) und ca. 200 Gebetsräume
- Herkunft der Moslems/Muslima: 36,3 % Türkei, 28,3% Österreich, 28,7% Ex-Jugoslawien
- Bedeutung der Religion: Für ¾ spielt Religion keine Rolle im Alltag, 55% "Taufschein"-Moslems, 0,7% Islamisten (für Sharia statt Verfassung), 4% Fundamentalisten (enge Auslegung des Islam)

miese soziale Situation in Österreich ab.

Die Hetze hat aber auch noch eine andere Konsequenz: gerade junge Moslems/Muslima, die eigentlich eher säkular aufgewachsen sind, werden durch die ständige Ausgrenzung dem radikalen Islam geradezu in die Arme getrieben. Der Hassprediger Strache ist wohl einer der besten Rekrutierungsoffiziere für den radikalen Islamismus in Österreich.

Aktuelle Brennpunkte:

Wien: Dammstraße, Telfs, Bad Vöslau

Obwohl der Islam in Österreich seit 1874 bzw. 1912 eine anerkannte Religionsgemeinschaft ist gibt es nur zwei Moscheen – in Wien und Telfs (und ca. 200 Gebetsräume). In den letzten Jahren gab es eine Reihe von Fällen wo Moslems/Muslima in ihrem Recht, ihre Religion zu leben und auszuüben eingeschränkt wurden. Rechtsextreme und faschistische Gruppen, von FPÖ bis BFJ/AFP und NVP, aber wie im Fall der Brigittenau in Wien auch die ÖVP, wettern ge-

gen Moscheen, Gebetsräume und Frauenschwimmtage. Die Argumente sind stets ähnlich: "die Moslems" würden sich "nicht integrieren", sie würden "unsere abendländische Kultur" nicht teilen, wären "rückständig", "frauenfeindlich", "antidemokratisch" und "reaktionär". Diese Argumente kommen von Organisationen die zuweilen dem NS-Staat positive Seiten abgewinnen können, radikale AbtreibungsgegnerInnen unterstützen und Gesetze beschließen, die demokratische Rechte massiv einschränken. Ganz bewusst wird rassistisch argumentiert, wird Stimmung gemacht. Die FPÖ z.B. hat ein Interesse daran, dass die Spannungen aufrecht bleiben – bieten sie doch eine Grundlage für den nächsten Wahlkampf. Wir verteidigen demgegenüber die demokratischen Rechte aller (!) ArbeitnehmerInnen und Jugendlichen, die hier leben. Das bedeutet u.a. auch:

- Das Recht aller Menschen, ihre Religion auszuüben, inklusive des Rechtes, Moscheen zu bauen.

- Die rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen inkl. der Möglichkeit für Doppelstaatsbürgerschaft

Wo ist die Trennlinie: Klasse oder Religion?

Tatsächlich müssen wir die Frage stellen: Was trennt wen und was sind die Gemeinsamkeiten? Moslems/Muslima arbeiten als Putzfrau und Bauarbeiter (die "Klassiker") aber auch als ÄrztInnen, LehrerInnen, StraßenbahnfahrerInnen, PolizistInnen, Büroangestellte, KFZ-MechanikerInnen. Sie sind selbstständig, haben einen Job oder sind arbeitslos. Sie leiden unter hohen Mieten, steigendem Arbeitsdruck und sinkenden Reallöhnen – wie auch christliche, jüdische und nicht-religiöse Beschäftigte. Die Trennlinie verläuft hier offensichtlich nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Religion, sondern zwischen oben und unten, zwischen arm und reich. Religiöse und kulturelle Trennlinien – vor allem wenn sie bewusst neu gezogen oder aktuell besonders betont werden – verfolgend demgegenüber einen klaren Zweck; ganz nach dem Motto "Wenn sich zwei streiten freut sich der dritte". Die Dritten sind in diesem Fall PolitikerInnen und Unternehmen, die ihren Sozialabbau betreiben und Beschäftigte gegeneinander ausspielen können. Oder eben Hassprediger á la Strache die ihre gesamte (jämmerliche) Existenzberechtigung aus dem Schüren solcher Konflikte beziehen. Teile der Gewerkschaften, bzw. ihrer Führung machen bei dieser Politik leider mit. Erst auf Druck der EU wurde in Österreich das passive Betriebsratswahlrecht für Nicht-StaatsbürgerInnen eingeführt. Im ÖGB gibt es kaum FunktionärInnen mit Migrationshintergrund. Trotz Lippenbekenntnissen setzt sich der ÖGB nach wie vor in erster Linie für ältere, männliche, österreichische Beschäftigte ein. Dadurch wird die gesamte ArbeiterInnenbewegung geschwächt. Daher:

- Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, die gemeinsame Kämpfe von In- und AusländerInnen, egal ob religiös oder nicht, organisieren. So kann die Spaltung entlang ethnischer, religiöser bzw. nationalistischer Trennlinien überwunden werden.

Gemeinsam gegen Sozialabbau und Rassismus

Der Klassenkampf von oben wird mit voller Härte geführt. Milch, Fleisch und Wohnen werden immer teurer. Die Reallöhne sinken während die Gewinne explodieren. Damit die Unternehmen nicht mehr die lachenden Dritten sind gilt es gemeinsam gegen Sozialabbau und Rassismus aktiv zu werden.

- Arbeitszeitverkürzung und ein Mindestlohn für alle Beschäftigten – das schafft Jobs und ein Einkommen von dem mensch auch Leben kann. Und ist damit die beste Grundlage gegen die "Teile und Herrsche"-Politik
- Für den Aufbau einer neuen Partei für ArbeiterInnen und Jugendliche mit sozialistischem Programm – denn religiöser Fundamentalismus und Rassismus bieten nur Scheinlösungen.

...t Klassenkampf?

gegen Sozialabbau, Rassismus und Frauenunterdrückung!

Schluss mit der rassistischen Hetze gegen Muslima & Muslime

Was können BetriebsrätInnen und GewerkschafterInnen tun? Im Folgenden dokumentieren wir eine Resolution im Wortlaut, welche der Betriebsrat Herbert Wanko in seinem Betrieb in die Betriebsratskörperschaft eingebracht hat.

In den letzten Wochen wurden in Österreich die verbalen Angriffe und die Hetze gegen Muslimas und Muslime immer aggressiver und haben mittlerweile beängstigende Auswirkungen angenommen.

Ausgehend von einer Pauschalverurteilung aller Menschen, die sich zur islamischen Religion bekennen, werden Forderungen nach einem Verbot von Moscheen, Gebetshäusern sowie dem Tragen von Kopftüchern laut. Der Angriff auf grundlegende Menschenrechte gipfelt zur Zeit in einer Forderung nach Abschaffung der gesetzlichen Anerkennung des Islam, der in Österreich bereits seit 1912 den Status einer Körperschaft öffentlichen Rechts als Religionsgesellschaft genießt.

Am 13. September schreckte bei einer anti-muslimischen Demonstration die Menge nicht davor zurück, in Sprechchören die Nazisünden von Moscheen zu fordern. Diese Radikalisierung erinnert sehr stark an die Ausschreitungen der Nationalsozialisten vor 70 Jahren und verbreitet ganz konkret Angst vor Terror.

Eine demokratische Gesellschaft, vor Allem aber Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, sind verpflichtet, gegen dieses menschenverachtende Vorgehen aufzutreten, das unter anderem darauf abzielt, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer verschiedener Religionszugehörigkeit gegeneinander aufzuwiegeln und somit der Einigkeit und Solidarität in der ArbeitnehmerInnenschaft schweren Schaden zufügt. So wie das Recht auf faire Betriebsratswahlen von der Gewerkschaft mit Demonstrationen, wie zum Beispiel bei KIK, unterstützt wurde, so müssen wir uns auch gegen die rassistischen Diskriminierungen unserer Kolleginnen und Kollegen einsetzen, und dies auch öffentlich kundtun.

Als Betriebsrätin und Betriebsräte, verurteilen wir die Angriffe auf unsere muslimischen Kolleginnen und Kollegen aufs Schärfste.

Wir fordern die Funktionärinnen und Funktionäre unserer Interessensvertretungen (AK und ÖGB) auf, klar Stellung zu beziehen und die Hetze gegen tausende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufs Schärfste zu verurteilen. Die Spitzenfunktionärinnen und -funktionäre müssen in aller Öffentlichkeit eindeutig Stellung beziehen und diese auch allen Kolleginnen und Kollegen in geeigneter Form vermitteln.

Kopftuch, Ehrenmorde und die Frauenpolitik der FPÖ

Wenn es gegen "den Islam" geht, werden FPÖ und ÖVP plötzlich zu Vorreitern der Frauenbefreiung. Jene Parteien, die in der Praxis extrem frauenfeindliche Politik betreiben. Das Kopftuch als besonders frauenfeindlich herauszustreichen zeigt, wie verlogen ihre Argumentation ist. Auch viele ÖsterreicherInnen tragen Kopftuch oder ähnliches (Nonnen, ältere Frauen am Land, Goldhauben etc.) - darüber regt sich niemand auf. Das Kopftuch von moslemischen Frauen ist heute auch ein Symbol für kulturelles Selbstbewusstsein angesichts der immer schärferen Angriffe und Diskriminierungen von Moslems/Muslima. Die SLP ist:

- ▶ Gegen jede religiöse Diskriminierung - also auch für das Recht Kopftuch zu tragen - auch für Beschäftigte im Öffentlichen Dienst (d.h. das Recht für Individuen ihre Religion zeigen dürfen).

Aber "natürlich" gibt es im Islam - wie auch in allen anderen Religionen - Frauenunterdrückung. Um Frauen zu helfen, eine ordentliche Ausbildung zu bekommen (was manchmal auch jungen Österreicherinnen am Land mit dem Argument "du heiratest ja eh" verweigert wird); um Frauen die Möglichkeit zu geben, sich aus einer gewalttätigen Partnerschaft zu lösen (jede dritte Frau wird irgendwann sexuell belästigt oder missbraucht - quer durch alle Religio-



nen); um Frauen die Freiheit zu geben, sich zu kleiden wie sie es wollen (noch heute hören Vergewaltigungsoffer häufig sie wären selbst schuld weil sie so "aufreizend" gekleidet waren); um all das zu erreichen brauchen wir kein Kopftuchverbot sondern eine wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen.

- ▶ Kostenlose Kinderbetreuung und der freie Zugang zum Arbeitsmarkt und ein Mindestlohn von 1100.- netto - das sind die besten Mittel um Frauen bei Schritten in Richtung Unabhängigkeit zu unterstützen.

Religiöser Fundamentalismus nimmt zu

Bereits Anfang der 1990er Jahre - also zeitlich im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch des Stalinismus - beschrieb der französische Soziologe Gilles Kepel in seinem Buch "Die Rache Gottes" die Zunahme von religiösem Fundamentalismus. Er bezieht sich dabei auf verschiedene Religionsgruppen - nicht nur auf den Islam. Tatsächlich gibt es - neben Kritik und Ablehnung von traditionellen Kirchen - auch eine "neue Religiosität" die sich in verschiedenen Formen ausdrückt: kultivierte Enthaltensamkeit bei Jugendlichen in den USA, eine Stärkung fundamentalistischer Strömungen in den großen Weltreligionen und die "Esoterik-Welle".

Sie alle haben eines gemeinsam: der Versuch im Glauben Antworten auf die Fragen und Probleme des tagtäglichen Lebens zu finden. Über Religion schreibt schon Marx 1843: "Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks." Wenn vielleicht auch für uns heute etwas blumig formuliert - der Inhalt ist hochaktuell.

Trübe Perspektive

Denn ein Blick in die Tageszeitungen oder die Nachrichtensendungen zeigt die Absurdität des kapitalistischen Systems und den täglichen Horror auf dieser Welt. Klimawandel, Kriegsgefahr, gefährliches Essen, verhungernde Menschen... Dazu kommt noch die individuelle Perspektivlosigkeit. Job? Wenn überhaupt, dann stressig, unsicher und mies bezahlt. Pension? Wer jünger als 40 ist rechnet gar nicht mehr damit. Gesundheit? Rückenprobleme und Stress-

symptome wegen Überarbeitung sind normal. Dass Menschen angesichts dieser Situation nach Antworten und Lösungen suchen ist logisch. Die Frage ist, wo sie sie finden.

Alternative fehlt

Es ist kein Zufall, dass religiöser Fundamentalismus seit Ende der 1980er Jahre wieder zunimmt. Das ist genau jene Zeit, in der zwei - miteinander verbundene - Entwicklungen zum Tragen kommen: 1) die soziale Situation der Mehrheit der Menschen verschlechtert sich. Die Jugend sieht sich mit der Realität konfrontiert, dass es ihnen schlechter geht als ihrer Elterngeneration. 2) politische Strömungen, die eine Alternative zum Kapitalismus anbieten sind in der Krise. Die stalinistischen Staaten - ohne ihre Diktaturen rechtfertigen zu wollen - haben eine gewisse Systemalternative zum Kapitalismus dargestellt. Sie sind mit Ende der 1980er Jahre Geschichte. Die Sozialdemokratischen Parteien waren in Europa über ein Jahrhundert lang Organisationen der ArbeiterInnenbewegung die - wenn sie auch für keine Gesellschaftsveränderung eingetreten sind - doch zumindest dafür eingetreten sind, dass die ArbeiterInnenklasse "ein Stück vom Kuchen" bekommt. Diese Parteien sind allerdings - nicht auf einen Schlag aber doch zeitlich nahe beieinander - in den 1980er und 1990er Jahren verbürgerlicht, sind also keine Instrumente der ArbeiterInnenbewegung mehr, um ihre Situation zu verbessern.

Imperialismus stützt Fundamentalismus

Diese Kombination - die Lage der Massen der Bevölkerung verschlechtert sich und es fehlt an Antworten und Lösungen - ist die Basis für das

Erstarken des religiösen Fundamentalismus. Im arabischen Raum kommt noch das Versagen des arabischen Nationalismus dazu. Die jeweiligen herrschenden Schichten in den arabischen Staaten sind abhängig vom Imperialismus, wirkliche nationale Unabhängigkeit wurde kaum erreicht und bürgerliche Freiheiten sind rar. Das schwache Bürgertum konnte diese Unabhängigkeit nicht erreichen. Und die - zeitweise in der Region durchaus starken - Kommunistischen Parteien haben in alter stalinistischer Manier auf halbem Weg halt gemacht und damit letztlich gar nichts erreicht. Wie z.B. im Iran, wo 1979 der Sturz des Kapitalismus möglich gewesen wäre, die KP aber lieber die Mullahs unterstützt hat, weil "die Zeit noch nicht reif für Sozialismus in Iran" sei. In Palästina hat die anfangs säkulare PLO eine bürgerliche und immer abgehobenere und korruptere Politik gemacht und die palästinensischen Massen der (übrigens mit Unterstützung Israels aufgebauten) fundamentalistischen Hamas in die Arme getrieben. Das Versagen von arabischem Nationalismus und den KPn hat ein Vakuum geschaffen, in dem fundamentalistische Gruppen gedeihen konnten. Diese wurden ihrerseits vom Imperialismus unterstützt - wir erinnern uns an "Rambo 3" wo Sylvester Stallone als Rambo in Afghanistan gemeinsam mit den Mudjahedin "die Kommunisten" bekämpft.

Reicher Fundamentalismus

Um eine solche Situation "nutzen" zu können, braucht eine Idee aber auch die entsprechenden Mittel. Und Religionsgemeinschaften verfügen über große Geldmittel - und teilweise auch enorme staatliche Unterstützung. Obwohl es in den meisten Staaten offiziell eine Trennung von Kirche und Staat gibt, haben Religionsgemein-

schaften doch enormen Einfluss im Staat. Da wird bei Gericht auf die Bibel geschworen, hängen Kreuze in Klassenzimmern, haben Religionsgemeinschaften Einfluss auf die Lehrpläne in der Schule. Der katholische Papst wird bei einer "privaten Pilgerreise" von der Regierung wie ein Staatsbesuch behandelt und predigt ganz offen gegen österreichische Gesetze - konkret gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbruch.

Dazu kommen noch die oft geradezu unerschöpflich wirkenden Geldquellen. Mit diesen Geldern können Religionsgemeinschaften dann auch Löcher stopfen, die im Sozialsystem existieren und durch die neoliberale Privatisierungspolitik noch vergrößert werden. Die Hamas verdankt ihren Aufstieg in den besetzten Gebieten u.a. ihren Sozialeinrichtungen im Gesundheits- und Bildungswesen. Die Katholische Kirche kann sich mit Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten profilieren, wo sich die öffentliche Hand zurückzieht. Unternehmen würden diese Kosten als "Werbekosten" von der Steuer abziehen...

Alternativen aufbauen

Der Kampf gegen religiösen Fundamentalismus muss sich auf zwei Ebenen abspielen. Einerseits sind natürlich Bildung und Aufklärung wichtig um Menschen die Furcht vor Religion (bzw. dem Teufel) nehmen zu können. Noch wichtiger ist aber der Aufbau einer tatsächlichen politischen Alternative, die wirkliche Antworten auf die Probleme geben kann. Also der (Wieder-)Aufbau von ArbeiterInnenorganisationen, die den Kampf gegen soziale Ungerechtigkeit führen. Solche Organisationen sind wichtig um den "Kampf der unterdrückten Klasse für ein Paradies auf Erden" (Lenin) zu führen.

Landesweiter Schulversuch in NÖ ein Schritt zurück? Gesamtschule weiter nicht in Sicht!

Von Martin Ramberger,
SLP-Klosterneuburg/NÖ

Unter dem Vorwand angeblich eine Gesamtschule "zum Wohl fühlen" zu errichten, wird nächstes Jahr ein massiver Angriff auf den Lehrkörper, egal welchen Schultyps, und auf das Bildungssystem in Niederösterreich stattfinden.

Momentan Situation: Kein Platz für SchülerInnen und LehrerInnen

Im Moment gilt das alte System, sprich vier Jahre Volksschule, dann vier weitere Jahre Hauptschule oder Gymnasium bis mensch das 15. Lebensjahr erreicht hat. Nach Erfüllung der Schulpflicht (neun Jahre in Österreich) kann der/die Jugendliche in die Arbeitswelt eintreten oder eine weiterführende Schule besuchen. Was sind aber nun die akuten Probleme im niederösterreichischen Bildungssektor? Ein Hauptproblem ist, dass es schlichtweg nicht genug Schulraum gibt. Man trifft nicht selten Hauptschulen oder Gymnasien an, die acht erste Klassen und noch dazu sieben Wanderklassen(!) haben.



Gesamtschule "schwarz"

Die Reform des Herrn Landesheptmann Dr. Erwin Pröll schaut so aus: die Volksschule soll um zwei Jahre verlängert werden, damit Eltern und SchülerInnen erst später entscheiden müssen. Während der letzten Schuljahre soll jede Klasse von zwei HauptschullehrerInnen betreut werden. Jede dieser Klassen hätte zusätzlich Anrecht auf eineN halben AHS-LehrerIn. De facto sollten aber diese zwei HS-LehrerInnen alle Fächer auf Gymnasiums-Niveau unterrichten. Es besteht die Gefahr von LehrerInnenabbau. Dazu

kommt noch, dass, wenn man die ersten vier Jahre in Ort XY in die Schule gegangen ist, es nicht automatisch bedeutet, die letzten zwei Volksschuljahre in derselben Schule verbringen zu dürfen! Denn es kommen pro Schuljahr neue Klassen dazu und auf Grund mangelnden Platzes müssen die älteren Volksschulkinder auf andere Schulgebäude, wo freie Räume sind, ausweichen bzw. schwerpunktmäßig zusammengezogen werden. Das bedeutet neben einem weiteren Schulweg, die Gefahr, dass ein neuer zweijähriger Schultypus zwischen Volksschule und weiterführender Schule eingeführt wird; also das Gegenteil einer Vereinheitlichung!

NÖ vs. Wien

In Wien ist die Situation kein Deut besser als in NÖ, denn hier platzen die Schulen fast ebenso aus allen Nähten. Obwohl alte Gebäude, die nur hergerichtet gehören, leer(!) stehen. Da nun auch in Wien mit dem Gedanken gespielt wird eine andere Art (!) "Gesamtschule" einzuführen, führt das zur Problematik, dass in beiden Bundesländern ein anderer Lehrplan unterrichtet werden wird. Es wird also der Wechsel von einer NÖ-Schule nach Wien und umgekehrt erschwert. Was wird aus den Kindern deren Eltern aus beruflichen Gründen umziehen müssen.

Die ÖVP-nahe GÖD missbrauchte diese Kürzungsanträge dazu, Dienststellenversammlungen "gegen die Gesamtschule" statt "gegen die Kürzungen" zu organisieren! Die SLP ist für eine echte Gesamtschule - und dagegen unter dem Titel "Gesamtschule" LehrerInnenabbau oder Kosteneinsparungen zu errichten.

SLP: Aktiver September

Politische und sportliche Erfolge für die SLP

Von SLP-Büro Wien

Der September begann mit dem Volksstimmfest in Wien. Heuer hatte die SLP einen der größten politischen Stände. Und eine der interessantesten Diskussionen: Franz Parteder (KP-Steiermark), Andreas Wolf (Funke-Strömung) und Sonja Grusch (SLP-Bundessprecherin) debattierten zum Thema "Neue linke Partei auch in Österreich?". Über 80 Personen hörten zu und beteiligten sich lebhaft.

Kein Fußbreit...

Im Zuge unserer Kampagne gegen das "Fritz-Stüber-Heim" in Wien Ottakring sammelten wir Unterschriften - in Lokalen, bei Kundgebungen und an den Wohnungstüren. Die Kampagne ist im Bezirk inzwischen bekannt, das Stüberheim damit quasi "geoutet" - was der AFP sichtlich unangenehm ist, die sich nun als "nette Nachbarn" präsentieren wollen. Über 600 Unterschriften wurden am 20. September an die Bezirksvertretung Ottakring übergeben. Ein Ergebnis der Kampagne ist letztlich auch der am selben Tag beschlossene Antrag gegen das Stüber-Heim. Bezirksvorsteher Prokop (SPÖ) machte klar, dass auch er den rechten Treffpunkt lieber gestern als heute geschlossen sehen möchte.

Wie gefährlich die AFP, der das Stüber-Heim gehört, ist, wurde am 13. September in Wien 20 deutlich. Bei einer AnrainerInnen demonstration gegen den geplanten Ausbau des Islamischen Zentrums in der Dammstrasse hatten sich rund 120 Nazis in die Demo ge-



mischt. Darunter auch Vertreter von AFP, BFJ und NVP. Sie versuchten die rassistische Grundstimmung weiter aufzuheizen und skandierten u.a. Nazisprüche wie "Hier marschiert der nationale Widerstand". Die SLP hatte zu einer antirassistischen Gegenkundgebung aufgerufen die von vielen BewohnerInnen des 20igsten Bezirks sehr positiv aufgenommen wurde.

4% Lohnerhöhung

Mit der Initiative für einen kämpferischen und demokratischen ÖGB machten wir am 4. Oktober bei der ersten Verhandlungsrunde für die Metal-Kollektivverträge deutlich, dass + 4% die Untergrenze ist. Ein Vertreter der Bundeswirtschaftskammer versuchte uns einzuschüchtern, die Gewerkschaftsvertreter gaben nur vage Auskünfte ("Kollegen ihr wisst eh, wir geben unser Bestes und werden ein gutes Ergebnis rausholen") - aber die PassantInnen auf der Wiedner Hauptstraße stimmten der Forderung nach mindestens 4% mehr Lohn zu.

Sport & Politik

Erstmalig gewann die SLP heuer das "Franz Drexler Turnier". Ein Sportereignis, an dem sich verschiedene linke Organisationen beteiligen und dass im Geiste der ArbeiterInnen-sportler abgehalten wird. Unser Sieg war - neben herausragenden sportlichen Einzelleistungen - auf zwei Umstände zurückzuführen. Die SLP stellte viele TeilnehmerInnen und konnte außerdem in allen Bewerben ein eigenes Frauenteam aufstellen.

Und das sagt etwas über die Politik der SLP aus: Wir sind eine Partei mit vielen Mitgliedern und vielen aktiven Frauen. Apropos: Du kannst bei uns auch mitmachen!

SPENDEN

Unsere Arbeit kostet Geld. Daher bittet die SLP um Spenden. Am besten regelmäßig (Dauerauftrag). Ab EUR 7,- pro Monat gibt's alle Publikationen der SLP (inkl. Broschüren) per Post nach Hause - ein "All-Inclusive-Abo" eben. **PSK 8812.733**

BROSCHÜRE



90 Jahre Russische Revolution

Broschüre mit Texten von Lenin, Liebknecht, Trotzki, Zetkin, Reed... 56 Seiten, EUR 3,50 (inkl. Porto)

FEST

7. 11. ab 19 Uhr Das andere Oktoberfest

Fest anlässlich des 90igsten Jahrestages der Oktoberrevolution (mit Film, Musik, Buffet, Diskussionen... Wien 7; Amerlinghaus (Stiftg. 8)

DIE SLP-TREFFPUNKTE

LINZ

jeweils Montag, 18.00 Uhr,
"Alte Welt", Linz, Hauptplatz 4

NIEDERÖSTERREICH

nicht regelmäßig, Infos unter 01/524 63 10 oder slp@slp.at

SALZBURG

Salzburg Stadt
jeweils Donnerstag, 19.00 Uhr,
"Shakespeare", Salzburg, Hubert-Sattler-G. 3 (Mirabellplatz)

Hallein

jeweils Montag, 18.30 Uhr,
"Lechenauers", Molnarplatz 16

Radstadt

SLP-Treffen erfragen unter 0664 7831367

KLAGENFURT

jeden 1. Dienstag im Monat, 18.00 Uhr,
Jugendherberge - Neckheimgasse 6

WIEN

Jugend-Gruppe
jeden Montag um 19 Uhr,
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8, (U2, U3 Volkstheater, 48A, 49)

SLP Wien-West

jeden Mittwoch um 19 Uhr,
Fünfhäuser Stüberl, 15., Löhrigasse 13, (U3, U6 Westbahnhof)

SLP Wien-Nord

jeden Donnerstag um 19 Uhr,
Piwnica, 20., Jägerstr. 38, (U6 Jägerstraße, U4 Friedensbrücke)

SLP Wien-Süd

jeden Montag um 19 Uhr,
Halikarnas, 5., Ecke Spengergasse/Siebenbrunnengasse
(U4 Pilgramgasse, S-Bahn Matzleinsdorfer Platz)

In Ihrer Nähe gibt es noch keine SLP-Gruppe? Wir unterstützen Sie gerne als individuelles Mitglied beim Aufbau von Aktivitäten.



VORWÄRTS ist die Zeitung für Widerstand, Solidarität und Sozialismus.

VORWÄRTS ist parteisch: Immer für ArbeitnehmerInnen, Frauen und Jugendliche.

VORWÄRTS ist unabhängig vom großen Geld, aber abhängig von seinen UnterstützerInnen.

Abonnement bestellen:

Tel.: 01/524 63 10
oder EUR 18,00* an PSK 8812.733 überweisen.

Namen, Anschrift und Kennwort "Abo" nicht vergessen!
*Sozialpreis für Menschen ohne eigenem Einkommen EUR 10,00
Alle Preise für 10 Ausgaben inkl. Porto und Versand

www.slp.at



www.slp.at bringt Analysen zu aktuellen Themen und aktuelle Berichte von gewerkschaftlichen und politischen Aktionen aus aller Welt. Regelmäßig vorbeischaun lohnt sich!



Kuba 2007: Was blieb von Che Guevaras Erbe?

Von Gerhard Ziegler, SLP-OÖ

Che Guevara, obwohl bereits vor 40 Jahren von bolivianischen Militärs ermordet, und Fidel Castro, der seit Ausbruch seiner schweren Krankheit vor einem Jahr die Regierungsgeschäfte an seinen Bruder Raúl abgetreten hat und seither fast vollständig aus dem öffentlichen Leben Kubas verschwunden ist, genießen als Führer der kubanischen Revolution bei der Bevölkerung der Zuckerinsel immer noch großes Ansehen. Doch: Was ist aus dieser Revolution geworden?

Die Leistungen der Planwirtschaft

Die herausragendsten Errungenschaften, die bis heute verteidigt werden konnten, sind zweifellos das flächendeckende Schulsystem und das vorbildliche Gesundheitssystem – beides gratis, beinahe unvorstellbar in einem Land der sogenannten "Dritten Welt". Konnte vor der Revolution in einigen Regionen mehr als die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben, wurde durch die Einführung einer 9-jährigen Schulpflicht und der Verdoppelung der

LehrerInnen das Analphabetentum vollständig überwunden. Alle staatlichen Gesundheitsdienste sind kostenlos, Impfprogramme werden flächendeckend vom Kleinkind an durchgeführt, Malaria und Typhus sind vollständig ausgerottet. Die Zahl der ÄrztInnen hat sich von 6.000 auf etwa 60.000 verzehnfacht. Die Kindersterblichkeit wurde auf einen Stand vergleichbar der "1. Welt" gesenkt und die durchschnittliche Lebenserwartung auf Kuba liegt mit 74 Jahren mehr als zehn Jahre über dem lateinamerikanischen Durchschnitt.

Heute entsendet Kuba LehrerInnen und medizinisches Personal auch in befreundete Länder wie Venezuela, aber auch als Katastrophenhilfe in Länder und Regionen, wie etwa Pakistan oder Indonesien, die von Tsunami bzw. Erdbeben heimgesucht wurden und verschafft sich damit ein positives Image bei den Armen der Welt. Auf dem biomedizinischen Sektor gelang es Kuba sogar, sich gegen die Konkurrenz der US-amerikanischen und europäischen Multis als Lieferant von Niedrig-Preis-Produkten besonders in den Ländern der sogenannten "Dritten Welt" durchzusetzen. Kuba avancierte so zum weltgrößten Exporteur von Produkten

im Bereich der Hautpflege und von Impfstoffen gegen Hirnhautentzündung, Hepatitis B und anderen Krankheiten.

Die Periode der Isolation

Diese Erfolge zeigen eindrucksvoll, zu welchen außerordentlichen Ergebnissen eine geplante Wirtschaft fähig ist. Trotzdem ist Kuba seit dem Zusammenbruch des Stalinismus fast 20 Jahre lang einer außerordentlich starken politischen und wirtschaftlichen Isolierung ausgesetzt, die das Land und die Bevölkerung ökonomisch und in den Lebensbedingungen (auch im medizinischen Bereich) stark beeinträchtigen. Anfang der 90-er Jahre, mit Beginn dieser "periodo especial" (Sonderperiode), sank die Wirtschaftsleistung des Landes mehrere Jahre lang jeweils um mehr als 10 %. Infolge dieses wirtschaftlichen Zusammenbruchs wurde der Bevölkerung ein brutales Sparprogramm auferlegt. Die Grundnahrungsmittel wurden rationiert, Konsumgüter kaum mehr verfügbar. Eine der einschneidendsten Maßnahmen war auch die Kürzung des Energieverbrauchs um 50%. Der motorisierte Verkehr kam fast vollständig zum Erliegen. Der elektrische Strom wurde fast täglich für mehrere Stunden abgeschaltet.

Zugeständnisse an den Markt als Lösung?

Mit Zugeständnissen an den Markt wurde versucht, den totalen wirtschaftlichen Absturz zu verhindern. Durch die Legalisierung des Dollar entwickelte sich eine Parallelwirtschaft, die all jene privilegierte, die wie im Tourismus in Dollar ausbezahlt wurden. Diese "periodo especial" dauert im Wesentlichen bis heute an, wobei jedoch seit Anfang dieses Jahrhunderts eine gewisse ökonomische Stabilisierung bemerkbar ist. Diese basiert – neben dem Tourismus – auf den Erdöllieferungen Venezuelas und günstigen Handelskrediten mit China. Insgesamt wurden aber gleichzeitig gerade diejenigen, die im staatlichen Sektor der Planwirtschaft beschäftigt waren wie die LehrerInnen, das medizinische Personal, aber auch die Bau- und ZuckerrohrarbeiterInnen, benachteiligt und die Abhängigkeit vom Weltmarkt erhöht. Das unterminierte die Unterstützung der staatlichen Wirtschaft in der Bevölkerung. 1992 wurde auch das Außenhandelsmonopol abgeschafft. Kuba begab sich mit diesen Maßnahmen auf den Weg Richtung Kapitalismus. Es ist dort aber noch nicht angekommen, denn die wesentlichen Sektoren unterliegen nach wie vor der Planwirtschaft. Auch das Anziehen der Rohstoffpreise – vor allem bei Zucker und Nickel – stützt derzeit Kubas Exportwirtschaft. So wurden etwa vor zwei Jahren noch fast die Hälfte aller Zuckerfabriken wegen Unrentabilität geschlossen und die Ar-

beiterInnen in ein großes Schulungsprogramm bei Fortzahlung der Bezüge (für ein "Dritte-Welt-Land" eine grandiose soziale Leistung) geschickt. In diesem Jahr wurden viele dieser Fabriken, teilweise modernisiert, wieder eröffnet. Der gestiegene Zuckerpreis machte es möglich. Auch die Bauwirtschaft verzeichnet einen Aufschwung und die Entlohnung der ArbeiterInnen sowie die Pensionszahlungen wurden – wenn auch von einer extrem niedrigen Ausgangsbasis – um 10 bis 20% angehoben.

Das Problem der Korruption und fehlender demokratischer Kontrolle

Der Mangel als Folge der wirtschaftlichen Schwierigkeiten förderte die soziale Ungleichheit, Korruption und Bürokratie. Viele kapitalistische Zugeständnisse wurden zurückgenommen, der Dollar durch den CUC (konvertibler kubanischer Peso) ersetzt und ein Prozess der Re-Zentralisierung eingeleitet. Damit einhergehend wurde eine große Antikorruptionskampagne gestartet. Auch innerhalb der kubanischen KP kam es zu einer Säuberungswelle. Doch diese Maßnahmen können das grundlegende Problem nicht lösen. Korruption, Bestechung und Bürokratismus sind in erster Linie nicht das Ergebnis von Menschen schlechten Charakters, sondern das Ergebnis einer Mangelwirtschaft gepaart mit fehlender Demokratie und mangelnder gesellschaftlicher Kontrolle. Diese Mängel gehören aber zu den "Geburtsfehlern" des "kubanischen Weges".

Internationale Perspektive notwendig!

Letzten Endes ist das Schicksal der kubanischen Revolution eng mit der weiteren Entwicklung am lateinamerikanischen Kontinent verbunden. Gelingt es den ArbeiterInnen, Jugendlichen und Armen in Stadt und Land, den US-Imperialismus und die mit ihm verbundenen bürgerlichen Kräfte in den einzelnen Ländern zu schlagen und eine revolutionäre Entwicklung Richtung Sozialismus einzuleiten. Diese basiert auf einer durch demokratisch gewählte ArbeiterInnen-Räte (die in den Betrieben, Gemeinden, Regionen und auf nationaler Ebene organisiert sind) geplanten und kontrollierten Wirtschaft. Dann wird auch die kubanische Revolution auf einer neuen, demokratisch-sozialistischen Ebene überleben können. Gelingt diese Alternative nicht, wird wohl auch in Kuba über kurz oder lang die Planwirtschaft von der Marktwirtschaft abgelöst werden und der breiten Masse der Bevölkerung soziales Elend bescheren. Diese Schicksalsverbundenheit war auch Che Guevara als glühendem Revolutionär und Internationalisten durchaus bewusst ...

Che – nur eine Popikone!?

Überlegungen zum "Che-Kult" heute

Von Sebastian Kugler, Schüler

Che Guevara als eine der meist verkauften Ikonen des Kapitalismus – ein Bild, das von vielen zynischen JournalistInnen hergenommen wird, um sein Scheitern zu beweisen. Das Bild des charismatischen Revolutionärs zielt heutzutage viele Alltagsgegenstände und Kleidungsstücke. Es sind jedoch nicht nur T-Shirts, Jacken, Taschen, Schlüsselanhänger usw. von ihm geblieben. Seine Idee, der Kampf gegen Imperialismus und Unterdrückung, seine Überzeugungen leben noch heute nicht nur in den Menschen Latein- und Südamerikas weiter. Die schiere Anzahl und Vielfalt seiner "Fanartikel" zeigt, dass vor allem die Jugend sich mit ihm, seiner Person und seinen Zielen identifizieren kann, auch wenn leider viele der Jugendlichen keine Ahnung haben, wer der Mann war, dessen Bild ihr T-Shirt zielt. Sein aufopfernder, revolutionärer Kampf machte ihn zu einer Symbolfigur des Widerstandes gegen das kapitalistische System in Lateinamerika und in der restlichen Welt. Er kam aus einer reichen argentinischen Familie und hat somit bewiesen, dass man nicht aus den ärmsten der armen Schichten kommen muss, um die Ungerechtigkeit des Systems zu sehen und gegen sie vorzugehen. Er tauschte seine

mögliche Zukunft als erfolgreicher Arzt in Buenos Aires gegen ein Leben als Freiheitskämpfer, was auch seinen frühen Tod bedeutete.

Politisch befand er sich zum Zeitpunkt seines Todes noch in Entwicklung. Sein ganzes Leben sammelte er verschiedene Einflüsse und vereinte einige ihrer Elemente. In frühen Tagen von Moskau-Treuen als zu "China-nahe" abgestempelt, erkannte er, dass das bürokratische Regime der UdSSR nicht seinen Vorstellungen von Sozialismus entsprach und distanzierte sich von ihm. In seinen letzten Tagen studierte er Bücher des Antistalinisten Leo Trotzki.

Trotz seiner positiven Ziele war die Taktik, mit der er sie umzusetzen versuchte, zum Scheitern verurteilt. Die Guerillataktik, die in Kuba zur Revolution geführt hat, stützt sich auf die Bauern und nicht auf die ArbeiterInnenklasse und ist letztlich eine StellvertreterInnenpolitik. In Bolivien, wo er in einem Hinterhalt starb, waren die Voraussetzungen anders als in Kuba, Che versuchte es jedoch mit derselben Methode. Sein "bolivianisches Tagebuch" beschreibt seine Zeit in der bolivianischen Guerilla und macht unfreiwillig deutlich, dass der Guerillakampf keine geeignete Taktik ist, um eine sozialistische Revolution durchzusetzen, da diese eine geeinte, starke ArbeiterInnenklasse benötigt.

VORWÄRTS

sozialistische zeitung

Solidaritätspreis: EUR 2,00

Preis: EUR 0,80

Nummer 168

Oktober/November 2007

8. November: Demonstration in Wien

Rechtsextreme Zentren? Nazis auf der Straße? Wir wehren uns!

von Laura Rafetseder,
SLP-Wien

Am 9.11 ist der Jahrestag der von den Nazis zynisch genannten "Reichskristallnacht". Gelenkter Terror gegen jüdische MitbürgerInnen bildete 1938 einen wichtigen Schritt zur Politik der Vernichtung von Menschen - v.a. JüdInnen, Sinti und Roma (...) - die als "anders" definiert wurden. Grund genug für uns heute, genauer am 8.11., gegen Organisationen und Politiker aktiv zu werden die den Holocaust leugnen oder relativieren und gleichzeitig rassistische Hetze v.a. gegen türkische und arabische KollegInnen verbreiten.

Nazizentrum in Wien Ottakring

Ein Vernetzungspunkt der harten Naziszene ist das von der rechtsextremen AfP (Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik) betriebene Fritz-Stüber-Heim in der Koppstraße in Wien 16. Die Sozialistische Linkspartei und andere führen schon seit längerem eine Kampagne zur Schließung dieses Nazitreffpunkts. Aber wie die von der FPÖ initiierte Demonstration gegen den Moscheebau in Brigittenau am 13.9. gezeigt hat, drängen diese Kräfte unter dem Schutzmantel von Strache und Co auf die Straße.

Strache demonstriert gemeinsam mit Nazis

Die FPÖ hat bei der Demonstration in Brigittenau gezielt eine Bürgerinitiative unterwandert und diese für ihre Zwecke vereinnahmt. Zur Demonstration hatte neben der FPÖ auch die Bezirks-ÖVP aufgerufen, Strache nutzte die Gelegenheit für einen Auftritt. Auf dieser Demonstration waren laut dem Rechtsextremismusexperten Wolfgang Purtscheller an die 120 Vertreter der harten Rechtsextremen Szene präsent - Gruppen wie eben jene AfP aus Ottakring und die NVP (eine weitere einschlägig bekannte Gruppe) verteilten Aufkleber und Material. Es gab Sprechchöre mit "Hier marschiert der Nationale Widerstand" - ein Nazi-Slogan. Am Rand stehende MigrantInnen wurden teilweise

rüde angepöbelt.

Wer vertritt die Anliegen von AnrainerInnen tatsächlich?

Hinter der Hetze gegen vermeintlich geplante Moscheebauten steckt nichts anderes als der Versuch der FPÖ sich mit klassischer Sündenbock-Politik zu profilieren und wohl auch von der eigenen Sozialabbau-Politik der Vergangenheit abzulenken. Um tatsächliche AnrainerInnen-Anliegen schert sie sich einen Dreck! Denn wer vertritt die Interessen der AnrainerInnen der Koppstraße die mit dem Bedrohungspotential leben müssen, das vom Fritz-Stüber-Heim ausgeht? AfP und ihre Jugendorganisation Bund freier Jugend (BFJ) versuchen nun sogar offene Bürgertreffs zu organisieren, um die Polarisierung - und damit die potentielle Gewaltausübung - voranzutreiben.

FPÖ hat zu Neonazis in Ottakring keine Meinung!

Auch auf Druck von Seiten der von der SLP initiierten Kampagne "Weg mit dem Stüber-Heim" hat die Ottakringer Bezirksvertretung nun zumindest eine Resolution beschlossen, welche "die neo-nazistischen und rassistischen Umtriebe im Bereich des Stüberheims" verurteilt und "Maßnahmen zur Prüfung rechtlicher Schritte unter Einbeziehung von ExpertInnen des Dokumentationsarchives des Österreichischen Widerstands" befürwortet. Enthalten hat sich dabei bezeichnenderweise die FPÖ. Tatsächlich können die Forderungen der Kampagne ("Weg mit dem Stüberheim - gemeinsam Schutz gegen Nazi-Gewalt aufbauen - Verbot von AFP/BFJ und Beschlagnahmung von deren Vermögen - Schluss mit der Hetze gegen MigrantInnen") allerdings nur durch weitere gemeinsame Mobilisierungen umgesetzt werden, denn wir verlassen uns nicht allein auf die Bezirksvertretung. Wir betrachten diese Resolution vielmehr als erstes Ergebnis von mehreren Demonstrationen und der Übergabe von 600 Unterschriften gegen das Stüberheim.



Demonstration am 8. November Gegen Faschismus und Rechtsextremismus - Weg mit dem Stüberheim

Beginnzeit und Treffpunkte auf www.slp.at

Kampf gegen rechten Extremismus geht weiter

AKTUELLE DISKUSSION:

NICHT MOSCHEEN SIND DAS PROBLEM, SONDERN DER RASSISMUS

Es diskutieren:

Hannes Derfler,

Bezirksvorsteher

Stellvertreter Brigittenau

Sonja Grusch,

SLP-Bundessprecherin

25. Oktober
19.30

im PIWNICA

Wien 20, Jägerstraße 38

Am 20. März 2007 wurden drei führende Aktivisten des Bundes freier Jugend (BFJ), Rene Hönig, Stefan Magnet und Michael Scharfmüller, verhaftet und Hausdurchsuchungen durchgeführt. Ihnen werden Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz vorgeworfen. Die verhängte Untersuchungshaft wurde mehrmals wegen "Tatbegehungs- und Verdunkelungsgefahr" verlängert. BFJ-AktivistInnen organisierten Solidaritätsaktionen mittels Konzerten und Flugblättern.. Die Verhaftung wurde in rechtsradikalen Kreisen zum Anlass genommen, sich mit den drei Aktivisten zu solidarisieren und das Verbotsgesetz wieder einmal zu kritisieren, unter anderem von der Mutterorganisation AfP, den Landesgruppen der NPD in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern, den Jungen Nationaldemokraten, der Dänischen Nationalsozialistischen Bewegung, der FPÖ-Jugendorganisation RFJ und in der FPÖ-nahen Zeit-

schrift "Zur Zeit". Dabei sprechen mehrere dieser Organisationen in einer gemeinsamen Erklärung von "Gesinnungsterror" und einem "stalinistische[n] Regime in Österreich", "dem heute unfreiesten Staat Europas". Dass Magnet, Hönig und Scharfmüller am 20. September 2007 nach einem halben Jahr Haft aus der U-Haft entlassen wurden, bedeutet aber nicht, dass sie damit rein gewaschen sind. Es ging dabei lediglich darum, dass die maximale Dauer an U-Haft erreicht war. Allerdings ist damit klar, dass die rechtliche Ebene alleine nicht ausreicht, um der extremen Rechten einen Riegel vorzuschieben. Es ist nötig, durch Demonstrationen und Mobilisierungen Druck auszuüben und zu verhindern, dass diese Organisationen offen auftreten können. Und es ist nötig, die Ursachen für das Erstarken der extremen Rechten zu bekämpfen: Sozialabbau und die Politik der etablierten Parteien.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau! Statt Subventionen für die Privatwirtschaft ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnbau und Verkehr.
- Mindestlohn 1.100 Euro netto! Sofortige Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich.
- Nein zur Sparpropaganda! Wiedereinführung der Vermögenssteuer, Abschaffung des Stiftungsrechtes sowie Einführung einer echten Steuerprogression und einer Wertschöpfungsabgabe zur Finanzierung von Gesundheits-, Bildungs-, Arbeitslosen- und Pensionsversicherung.
- Schluss mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie!
- Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze, volle rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung. Kampf dem Verursacher - der kapitalistischen Profitwirtschaft.
- Nein zu einem repressiven Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Kein Geld für die Rüstung, keinen Beitritt zu einem Militärbündnis.
- Streichung bzw. keine Bezahlung der Schulden der sogenannten "Dritten Welt", Zerschlagung der internationalen Institutionen des Kapitals als Folge einer internationalen Kampagne der ArbeiterInnenbewegung.
- Nein zur Sozialpartnerschaft - Für kämpferische und demokratische Gewerkschaften!
- SPÖ und Grüne bieten keine linke Alternative! Wir brauchen eine neue starke Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose und Jugendliche.
- Nein zu Ausgliederungen und Privatisierungen! Stattdessen Überführung aller bereits privatisierten Betriebe sowie der Schlüsselindustrie in Gemeineigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der ArbeiterInnen.
- Nein zur kapitalistischen EU der Banken, Konzerne und Bürokraten. Für eine Föderation sozialistischer Staaten von Europa auf freier und gleichberechtigter Grundlage.
- Für eine geplante Wirtschaft unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung der Beschäftigten, in der Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt werden.
- Eine Revolution ist notwendig. Lediglich Reformen führen keine grundlegenden Veränderungen herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaft und für den Sozialismus kämpfen.

► Mehr
Programm!

Das Programm der
Sozialistischen Linkspartei
40 Seiten, EUR 3,00 inkl. Versand

Das Programm wird nach Überweisung auf unser Konto PSK 8812.733 zugesandt. Namen und Anschrift nicht vergessen!

Jetzt mitmachen! Telefon 01/ 524 63 10 Mail slp@slp.at Web www.slp.at